

Dresdner Volkszeitung

Hauptschredens: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl. Red.: Dr. G. G. Trebbin
Verantwortl. Red.: Dr. G. G. Trebbin
Verantwortl. Red.: Dr. G. G. Trebbin

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei allen von Eiferungen irgendwelcher Art, ist es durch über ohne Erfolg höhere Stellen, bei der Verleumdung der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abdruck aus dem sozialdemokratischen Organ 'Die Arbeiterstimme', Nr. 1208, Dresden, Montag, den 7. September 1931

Abdruck aus dem sozialdemokratischen Organ 'Die Arbeiterstimme', Nr. 1208, Dresden, Montag, den 7. September 1931

Abdruck aus dem sozialdemokratischen Organ 'Die Arbeiterstimme', Nr. 1208, Dresden, Montag, den 7. September 1931

Nr. 208

Dresden, Montag, den 7. September 1931

42. Jahrgang

Vorstoß der sächsischen SPD. Kampf gegen die Not!

Steuert der Not!

Rettet die arbeitenden Massen vor völliger Verelendung! Das ist der Ruf, der millionenfach im Volke widerhallt. Was tun die Herrschenden zur Hilfe für die werktätige Bevölkerung? Das ist die sorgenschwere Frage hungernder Familienväter, verzweifelnder Mütter. Die Maßnahmen der Reichsregierung gehen den Uebeln der Zeit nicht an die Wurzel. Die Wirtschaft wird nicht belebt, die Arbeitslosigkeit nicht vermindert, die Kaufkraft der Massen nicht gehoben. Im Gegenteil! Die Löhne werden gekürzt, die Unterstufungen gedrosselt, Subventionen werden an Industrie und Landwirtschaft gegeben, ohne daß der Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der Willkür der Banken und der Finanzwirtschaft gesteuert würde. Hier muß Einhalt geboten werden. In Sachsen ist die Not am größten. Ganze Industrien wandern ab. Die Zahlen der von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtsverwerbslosen sind doppelt so hoch wie der Reichsdurchschnitt.

Das Reich muß helfen

Aber auch die sächsische Regierung muß das Ihre tun, um einer Katastrophe vorzubeugen. Die Sozialdemokratie

hat die Initiative ergriffen. Durch die Aktionen des Kommunalpolitischen Landesausschusses und des Arbeitsausschusses der SPD, Sachsens ist die Situation grell beleuchtet, sind die Wege zur Rettung aus den schlimmsten Notzuständen gewiesen worden. Eine Konferenz der gemeinnützigen Bauvereinigungen, der Gewerkschaften und der Partei hat den Blick der Öffentlichkeit für

das Elend auf dem Baumarkt

geschärft. Nun muß auch das sächsische Parlament mobilisiert werden. Daher hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen umfassenden Initiativantrag gestellt, um die dringendsten Notwendigkeiten des Augenblicks zu erfüllen. Die Massen der Parteigenossen im Lande und darüber hinaus die gesamte Arbeiterschaft werden unter der Führung der Sozialdemokratie diese Aktion unterstützen.

Nicht das Phrasengeklänge der Nationalsozialisten und der Kommunisten, nur praktische Taten retten das arbeitende Volk!

Antrag der Landtagsfraktion Schafft Arbeit!

Die sozialdemokratische Fraktion brachte im Landtag folgenden Antrag ein:

Die ungeheure Wirtschaftskrise, die in Sachsen noch katastrophaler wirkt als in anderen deutschen Ländern, und die zu einer unerhörten Verelendung der breiten Massen führt, macht es zur gebieterischen Pflicht der Landesregierung, alle überhaupt nur möglichen Maßnahmen durchzuführen, um die schlimmsten Notzustände zu beseitigen.

Die von der Reichsregierung erlassenen Notverordnungen auf Finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiet sind nicht nur unsozial, sondern auch zum Teil zur Verbesserung der Verhältnisse völlig unwirksam.

Dies gilt besonders von der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931, durch die die Massen schwer belastet werden, und von der Notverordnung vom 12. August 1931, durch die den Gemeinden noch der schon in früheren Jahren unter dem Reichspräsidenten Schmidt durchgeführten Preissenkungsausschüsse die Aufnahme von Krediten durch Spar- und Girokassen verweigert wird. Die Gemeindefinanzen sind leer, aber die Ausgaben der Unterstufungen muß im kommenden Winter unbedingt gesichert werden. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat mit Hilfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

eine besondere Nothilfe für Sachsen

erfordert. Den Gemeinden muß grundlegend geholfen werden. Um vermehrt Erwerbsloseneind und weitere starke Belastung der Gemeinden zu vermeiden, muß vor allem die Rahmlegung des Baumarktes verhütet werden. Im Volke wird es mit Recht auf das höchste kritisiert, daß immer nur die breiten Massen Opfer bringen sollen, während die Riesenvermögen der privaten Wirtschaftsführer und die hohen Gehälter als unantastbar gelten. Ebenjowenig kann es länger gebuldet werden, daß im sächsischen Haushaltplan Positionen aufrechterhalten werden, die, zumal in der heutigen Notzeit, keineswegs notwendig und berechtigt sind.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. bei der Reichsregierung erneut und in verstärktem Maße vorstellig zu werden, um eine besondere Nothilfe für Sachsen durchzusetzen, damit die Zahlung der Unterstufungen durch die Gemeinden gesichert und die Rahmlegung des Baumarktes verhindert wird;
2. die Befestigung der Mietzinssteuer zugunsten des Hausbesitzes ganz entgegengesetzt abzuschaffen;

3. die Aufhebung der Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 und der Verordnung über Spar- und Girokassen vom 5. August 1931 zu fordern;
4. die Förderung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften auf Einführung der 40-Stunden-Woche mit allem Nachdruck zu unterstützen.

II.

1. die sächsische Verfügung vom 22. August 1931 zur Drofflung des Baumarktes aufzuheben;
2. das Wohnungsbauprogramm von 1931 möglichst durchzuführen, vor allem Mittel zur Fertigstellung angefangener Bauten sicherzustellen und alle Maßnahmen zu ergreifen, um Mittel zur Arbeitsbeschaffung aufzubringen;
3. die beschleunigte Durchführung der mittelsächsischen Wasserversorgung mit allem Nachdruck zu fördern;
4. die von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte als Ersatz für Mietzinssteuermittel zur Verfügung gestellten Sparkassen in Anspruch zu nehmen und die Zinsdifferenz von jährlich 68 000 Mark aus Mitteln des Staats zur Verfügung zu stellen;
5. die Maßnahmen zur zwanngswelken Märgung der Fürsorgefähigen, die sozialen Fürsorgebestimmungen der Verordnung zur Nachprüfung der Fürsorgefähigen und den zwanngswelken Lohnbau bei den Staats- und Forstarbeitern rückgängig zu machen;
6. den vom Landtag beschlossenen sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der 40-Stunden-Woche in allen staatlichen Betrieben und Verwaltungen beschleunigt durchzuführen;
7. dem Landtag umgehend eine Vorlage über die Märgung der hohen Gehälter der Staatsbeamten vorzulegen und darauf hinzuwirken, daß in den Gemeinden ebenfalls eine entsprechende Herabsetzung der hohen Gehaltsbezüge erfolgt;
8. darauf hinzuwirken, daß die zu hohen Gehälter der leitenden Angestellten in Staats- und gewerkschaftlichen Betrieben herabgesetzt werden und im gleichen Sinne auf die Privatwirtschaft einzuwirken;
9. die Gehälter der unteren und mittleren Beamten sowie die Bezüge der Tarifangestellten nicht weiter zu kürzen;
10. die bei der Beratung des Haushaltsplans für das Jahr 1931 gestellten Sparanträge der Sozialdemokratie durchzuführen, insbesondere die im Etat vorgesehenen Zahlungen zur Förderung des Luftverkehrs und für die Leipziger Messe einzustellen, die Zuwendungen an die Landesbehörde um 800 000 Mark zu kürzen, die Forstämter Forstakademie aufzulösen, und die Ausgaben für die Freiburger Bergakademie entsprechend den sozialdemokratischen Anträgen zu kürzen;
11. das sächsische Volksschulwesen auf der bisherigen Höhe zu erhalten;
12. die Zahlungen an die Kirche, soweit sie nicht gesetzlich geleistet werden müssen, einzustellen.

Der Gewerkschaftskongreß hat gesprochen

Von Oskar Kurpat

Wer wollte es bestreiten: Alle Welt hat aufgehört! Eine Woche lang konzentrierte sich das Interesse auf die Tagung der Gewerkschaften in Frankfurt. Kaum je hat ein Gewerkschaftskongreß gleich großes Interesse gefunden — aber auch keiner der bisherigen Kongresse stand vor so gewaltigen Problemen.

Die Frankfurter und die heilsche Arbeiterkraft stellten am den Beginn der Tagung eine machtvolle Kundgebung. Sie unterstrichen damit die Bedeutung des Kongresses. Ein gewaltiger Menschenstrom ergoß sich durch die Frankfurter Innenstadt. Alte, ergraute Kämpfer marschierten neben jüngeren Delegierten, an denen kein Mangel war. Reichsbannergruppen wechselten mit Gruppen unserer hoffnungsfrohen, glückseligsten Jugend. Arbeiterportier unterstrichen durch ihre Teilnahme am Zuge die Einheitsfront der Arbeiterbewegung. Die Kongreßteilnehmer bildeten ebenso wie die sozialdemokratische Ratshausfraktion besondere Gruppen im Zuge. Der Anstalt verstärkte, was alle fühlten: Ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung nahm seinen Anfang.

Auf dem Kongreß wurde ernst und sachlich gearbeitet. Kaum ein Wort wurde gesprochen, das nicht von größtem Verantwortungsgefühl und von tiefster Sorge getragen war. Dramatische Höhepunkte waren selten. Was die Opposition zu sagen wußte, blieb wirkungslos. Man hatte allzu billige Anleihen bei den Kommunisten gemacht.

Mit überwältigender Kraft zeigte der Kongreß den Willen zur Einigkeit. Wenn die Kommunisten ein Verdienst haben, dann ist es dies, die gesamten Delegierten zu einem fast fanatischen Einheitswillen geführt zu haben.

Es ist sicherlich zu bebauern, daß es nicht zu einer großzügigen Debatte über die Taktik der kommenden Kämpfe gekommen ist. Wer da weiß, wie sehr auch die Augen der Gegner und der Unorganisierten auf diesen Kongreß gerichtet waren, der mußte — trotz manchen Bedenken — eine solche Debatte wünschen. Anläufe zu solcher Aussprache sind mehrfach gemacht worden. Wenn aber der Kollege Ziegler von der Angst des Bundesvorstandes vor der sozialen Revolution sprach, so gab er für solche Auseinandersetzungen das denkbar schlechteste Stichwort. Die zum Geschäftsbericht vorgelegten Anträge gaben Gelegenheit, über die Art und Weise des künftigen Vorgehens zu sprechen. So hatten die Stuttgarter Schuhmacher zum Beispiel empfohlen, in Zukunft nicht mehr ein kleineres Uebel gegenüber drohenden größeren Uebeln zu wählen. Die Metallarbeiter von Opladen vertrieben sich eine Wendung der Dinge von einem einzuberufenden Betriebsrätekongreß, der durch Hinzuziehung von Arbeitslosen, Sozialrentnern und Kriegsbeschädigten erweitert werden sollte. Einige Delegierter Ortsgruppen verlangten außerparlamentarische Aktionen, und ein Diskussionsredner sprach das dunkle Wort von der Mobilisation der Massen aus. Die Zimmerer und andere Verbände von Chemnitz forderten Demonstrationen und Streiks, aus denen der Generalstreik entwickelt werden sollte. Kollege Eggert vom Bundesvorstand hat sich am eingehendsten mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Der Bericht des Bundesvorstandes über die Arbeit der letzten drei Jahre gab ihm gute Anknüpfungspunkte. Bis zum Ende des Jahres 1929 vermachten die deutschen Gewerkschaften erfolgreiche Lohn- und Tarifkämpfe zu führen. Bis

Dresden, am 4. September 1931.

Oskar Kurpat
und 31 Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

SPD. fordert Landtagsberufung

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat am heutigen Tage folgenden Brief an das Präsidium des Landtages gerichtet:

„Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beantragt unter Berufung auf Artikel 8 der Verfassung die Einberufung des Landtages zu einer Zwischensitzung und auf die Tagesordnung der ersten Sitzung zu setzen: Beratung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion vom 4. September 1931, Behebung der sächsischen Notzustände betreffend.“